



Nach Wahl in Thüringen und Sachsen In der CDU regt sich Widerstand gegen BSW-Koalition

Stand: 04.09.2024 07:40 Uhr

Nach den Wahlen in Sachsen und Thüringen steht bei der Suche nach Koalitionen das BSW im Fokus. Doch in der CDU stößt das teils auf große Skepsis. Eine Gruppe von Parteimitgliedern fordert sogar, diese Option zum Tabu zu erklären.

Nach den Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen läuft in beiden Bundesländern die Suche nach einer neuen Regierung. Sowohl in Sachsen als auch in Thüringen braucht es Koalitionen, um in den Landesparlamenten Mehrheiten aufstellen zu können. Doch in den Reihen der CDU wächst der Widerstand gegen die Option, für eine Regierungsmehrheit den Schulterschluss mit dem Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) zu suchen.

Wie der Tagesspiegel berichtet, soll sich eine Gruppe von etwa 40 Mitgliedern der Christdemokraten zusammengeschlossen haben, die fordert, den Unvereinbarkeitsbeschluss der eigenen Partei auf das BSW auszuweiten. Bislang gilt dieser für eine Zusammenarbeit der CDU mit der AfD und der Linkspartei. Zu dieser Gruppe zählen demnach unter anderem der Außenpolitiker Roderich Kiesewetter, der designierte Chef des Arbeitnehmerflügels CDA, Dennis Radtke, und CDU-Bundesvorstandsmitglied Monica Wüllner.

.....

Anmerkung:

Ja was für ein Theater nach der Wahl.

Wo ist denn das Problem, die Bürger haben doch gewählt. Und dann sollte man **es auch so akzeptieren, wie gewählt worden ist.** Schließlich wollen die Bürger mit den **Parteien die gewählt worden sind, dass danach so regiert wird, oder?**

Es ist so einfach die Partei die die meisten Sitze hat sucht sich den entsprechenden Koalition-Partner aus und dann wird vernünftig für die nächsten Jahre regiert.

Kompromisse müssen wie immer gemacht werden, anders geht es wohl auch nicht.

Die Wähler sollte man ernst nehmen, sonst wir es nichts werden dem regieren.

Die AFD hat ja die meisten Stimmen bekommen, aber womöglich will keiner mit dieser Partei regieren.

Was wäre denn, wenn die AFD eine Wahlquote von z.B. 76 % erhalten würde. Wer würde denn dann die Regierung bilden?